



Landeselternrat Brandenburg (Schule)
c/o Gremiengeschäftsstelle des Ministeriums für Jugend, Bildung und Sport
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Ulrike Mauersberger, Sprecherin
Anett Kehling, stellvertr. Sprecherin
Kontakt: vorsitz@ler-brandenburg.de
Telefon: 0174 5808666

Potsdam, den 25.08.2024

Wahlprüfsteine des Landeselternrates Brandenburg

Wir möchten unsere Elternschaft und weitere Wähler mit diesen 14 Wahlprüfsteinen bei der politischen Entscheidungsfindung unterstützen. Deshalb baten wir alle zur Landtagswahl zugelassenen Parteien und Listenbündnisse um Beantwortung. Hierbei handelt es sich um priorisierte Bildungsthemen, die dem Landeselternrat Brandenburg sehr am Herzen liegen.

Es bestand die Möglichkeit, neben der Zustimmung, auch eine kurze Erläuterung im Freitext (max.320 Zeichen) zu schreiben.

Bündnis 90/Die Grünen, Die Partei, WerteUnion, Tierschutzpartei, III.Weg, Partei der Rentner, Deutsch Land Wirtschaft haben leider nicht geantwortet.

Wir bedanken uns bei den folgenden Parteien und Listenbündnissen für die Zuarbeit und stellen die Antworten hier den interessierten Lesern gern als direkte vergleichbare Zusammenstellung zur Verfügung.

Der Freitext war begrenzt und wurde daher in der Auswertung auf 320 Zeichen gekürzt.

Anett Kehling

Stellvertretende Sprecherin
des Landesrates der Eltern Brandenburg

1. Wahlprüfstein LEHRKRÄFTEMANGEL – STUDIENPLÄTZE

Wir werden in 2025 mindestens 2000 nach Schulform und Fächern bedarfsdeckenden Plätzen für Studienanfänger in Lehramtsstudiengängen an den Universitäten in Brandenburg schaffen.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD	X		Wir werden die Ausbildungskapazitäten an allen lehrerbildenden Hochschulen weiter bedarfsgerecht erhöhen. Um darüber hinaus genug neue Lehrkräfte zu gewinnen, setzen wir auf einen Dreiklang aus verstärkter Ausbildung, Qualifizierung bei Quer- und Seiteneinstieg sowie Reaktivierung von pensionierten Lehrkräften.
AFD		X	Der vorgeschlagene Umsetzungszeitpunkt und Umfang der Aufstockung erscheint uns sehr ambitioniert zu sein, v.a. mit Blick auf die daraus resultierenden räumlichen und personellen Mehrbedarfe. Schon jetzt sind die vorhandenen Plätze nur zu 70% ausgelastet. Priorität hat daher das Ausschöpfen des Platzpotenzials und die Reduzierung der anhaltend hohen Abbruchquoten.
CDU	X		Die CDU setzt sich für eine an den tatsächlichen fächerbezogenen Bedarfen orientierte Erhöhung der Studienplatzkapazitäten ein. Grundlage hierfür bildet eine valide Lehrermodellrechnung. Dieser bedarfsorientierte Ausbau muss schnellstmöglich an den verschiedenen Studienorten begonnen bzw. fortgesetzt werden.
Linke	X		Voraussetzung ist jedoch eine Schulreformdebatte mit der Änderung der Studienordnung, die Abschaffung des NC, eine zielgenaue Werbung bei Abiturient*innen, mehr dezentrale Studienplätze (z.B. Viadrina), Studieranreize, ein Staatsvertrag mit dem Bund zur gemeinsamen Koordinierung und Finanzierung der Lehramtsausbildung
BVB/Freie Wähler		X	Der Landesverband BVB / FREIE Wähler hat sich für die Gründung des Lehramtsstudiengangs an der BTU Cottbus / Senftenberg eingesetzt. Die Absolventen an der BTU wachsen stetig. Wir als BVB / FREIE WÄHLER werden weiterhin die Bedingungen an den Schulen für Lehrkräfte und Schüler versuchen weiter verbessern.

			Jedoch ist es bis 2025 nicht möglich, 2.000 Studienplätze zu schaffen...
FDP	X		Wir werden ein Maßnahmenpaket zur Minderung des Lehrermangels sowie darüberhinausgehende Maßnahmen zur Reduzierung des Lehrernotstandes schnellstmöglich voranbringen. Wir werden die Steigerung der Studienplätze in Fächern mit Unterversorgung, aber Überbelegung, umsetzen, um die Zahl der Absolventen zu erhöhen.
BSW	X		In Brandenburg gibt es seit ca. 20 Jahren Lehrermangel. Das hat vor allem die SPD, aber auch Linke, Grüne und CDU, die mitregiert haben, zu verantworten. Aktuell sind rund 1.000 Lehrerstellen unbesetzt. Bis 2035 müssen mehr als 13.000 neue Lehrer gefunden werden. Statt zwei Millionen Euro für eine Werbekampagne zur Lehrkräftegewinnung zu verschwenden, muss die Ausbildung von ...
Plus Brandenburg	X		Wir setzen uns für eine verstärkte Ausbildung von Lehrkräften ein. Wir sehen allerdings auch die Problematik der hohen Studienabbruchraten im Lehramtsstudium, die wir zu großen Teilen auf ein zu verkopftes und nicht auf den Lehrberuf zielendes Studium zurückführen. Die Universitäten zeigen sich hier leider über die letzten Jahrzehnte wenig reformbereit, so dass wir die...

2. Wahlprüfstein LEHRKRÄFTEMANGEL – DUALES STUDIUM

Wir werden bis 2026 ein Masterstudium und Vorbereitungsdienst in einem „dualen Masterstudium“ mit der Möglichkeit zur Verbeamtung auf Probe einführen.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD	X		An der BTU wurde schon ein dualer Lehramtsstudiengang eingeführt. Die angehenden Grundschullehrkräfte sammeln von Beginn an praktische Erfahrungen. Dieses Modell erweitern wir, um das Lehramtsstudium praxisnäher und attraktiver zu gestalten. Die Studierenden erhalten während ihrer Ausbildung eine angemessene Vergütung.
AFD	X		Bis 2026 ist die flächendeckende Einführung unrealistisch. Möglich aber wäre ein

			entsprechendes Modellprojekt für ausgewählte Lehrämter. Dabei ist die intensive Begleitung und Betreuung durch erfahrene Mentoren sicherzustellen und es muss ausgeschlossen sein, dass Studenten als billige Arbeitskräfte vorrangig zur Abfederung des Lehrermangels betrachtet werden.
CDU	X		Mit der Einführung eines dualen Masterstudiums erweitern wir die Möglichkeiten für einen Einstieg in den Lehrerberuf. Eine Verbeamtung auf Probe stellt für Studierende eine finanziell attraktive Option dar, gleichsam wird damit auch deren Bindung an die jeweiligen Regionen im Land gestärkt und eine Steuerung möglich.
Linke	X		Grundsätzliche Zustimmung. Es braucht eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis, verbunden mit einer entsprechenden Vergütung in den Praxisphasen der Ausbildung.
BVB/Freie Wähler		X	Um bis 2026 ein duales Masterstudium mit einem integrierten Vorbereitungsdienst einzuführen, ist ein umfassender und gut durchdachter Plan erforderlich. Innerhalb von zwei Jahren ist es kaum möglich, die folgenden Punkte zukunftsorientiert zu erarbeiten 1. Bedarfsanalyse und Konzeption · Bedarfsanalyse: Untersuchen, ob ein Bedarf für ein duales Masterstudium mit Vor...
FDP	X		Weltbeste Bildung für jeden funktioniert nur mit den weltbesten Lehrerinnen und Lehrern. Wir werden die Lehrerbildung grundlegend modernisieren und an die aktuellen wie zukünftigen Bedürfnisse des Bildungssystems anpassen (an dieser Stelle verweisen wir aus Platzgründen auf das entspr. Modul unseres Wahlprogramms).
BSW	X		Es ist richtig, dass das Studium praxisorientierter zu gestalten. Auch eine Verzahnung von Vorbereitungsdienst und Studium macht Sinn. Die Möglichkeit des Studiums in einem „dualen Masterstudium“ muss jedoch sorgfältig geprüft werden. Dabei ist auch zu beachten, dass Brandenburger Absolventen auch die Möglichkeit haben müssen, als Lehrkräfte in anderen Bundesländern ...

Plus Brandenburg	X		Wie in Punkt 1 erwähnt, würden wir dieses jedoch an Pädagogischen Hochschulen ansiedeln. Das duale Studium soll bereits nach dem Vorbild Finnland im Bachelorstudium beginnen.
-------------------------	---	--	--

3. Wahlprüfstein LEHRKRÄFTEMANGEL – REGELSTUDIENZEIT

Studierende sollen das Studium schnell abschließen können. Wir führen bis 2026 finanzielle Anreizmodelle für die Universitäten ein, die den Studienabschluss in der Regelstudienzeit fördern.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD	X		Die Hochschulverträge sehen bereits Studienerfolgsquoten für alle Studiengänge vor. Um sicherzustellen, dass Lehramtsstudierende ihr Studium in der Regelstudienzeit abschließen, wird die Abbruchquote gesenkt. Mit dem Landlehrerstipendium und der dualen Ausbildung setzen wir auch finanzielle Anreize.
AFD	X		Wir werden uns für die Einführung finanzieller Anreizmodelle einsetzen, möchten jedoch abermals auf den unserer Ansicht nach unrealistischen Zeitrahmen (beinhaltet Planung und Durchführung) hinweisen.
CDU	X		Akt. Erfahrungen zeigen, dass die Rahmenbedingungen in der Lehrkräfteausbildung gegenwärtig nicht vollends gewährleisten, allen Lehramtsstudenten ein konsequentes Studieren in der Regelstudienzeit zu ermöglichen. Diese Bedingungen müssen gerade mit Blick auf den großen Bedarf an Lehrkräften verbessert werden.
Linke	X		Das Landlehrerstipendium muss erweitert und von Beginn des Studiums gezahlt werden, nicht erst ab dem Master. Im Praxissemester ist eine Unterstützung für zusätzliche Fahrkosten oder Miete notwendig. Die Entlohnung im Referendariat gehört dringend erhöht. Immatrikulations- und Rückmeldegebühren wollen wir abschaffen.
BVB/Freie Wähler	X		Aufgrund des herrschen Fachkräftemangels müssen wir schnellstmöglich Fachkräfte für den Arbeitsmarkt ausbilden. Eine Auswahl an folgende Maßnahmen würde BVB / FREIE WÄHLER vorschlagen:

			1.Fördergelder für hohe Abschlussquote · Universitäten, die eine hohe Quote von Studierenden haben, die innerhalb der Regelstudienzeit ihr Studium abschließen, erhalten zusätzliche ...
FDP	X		Weltbeste Bildung für jeden funktioniert nur mit den weltbesten Lehrerinnen und Lehrern. Wir werden die Lehrerbildung grundlegend modernisieren und an die aktuellen wie zukünftigen Bedürfnisse des Bildungssystems anpassen (an dieser Stelle verweisen wir aus Platzgründen auf das entspr. Modul unseres Wahlprogramms).
BSW	X		Wir stimmen dem grundsätzlich zu. Jedoch greift die Frage viel zu kurz. Bedingungen, um ein Studium schnell und erfolgreich abzuschließen, machen sich nicht nur daran fest, dass die Hochschulen finanzielle Anreize bei schnellem Abschluss ihrer Studierenden erhalten. Hier spielen erhebliche weitere Faktoren bis hin zur Frage der Erschwinglichkeit von Wohnraum für Studie ...
Plus Brandenburg		X	Es kann nicht das Ziel sein, die Studierenden möglichst schnell durch das Studium zu hetzen, nur damit die Hochschulen mehr Einnahmen haben und dabei potentiell die Qualität der Ausbildung leiden zu lassen. Besser wären zum einen duale Studiengänge mit Bezahlung für Arbeit an/in der Schule, analog zum dualen Studium in der Industrie oder den Lehrberufen. Zum anderen wäre ein a...

4. Wahlprüfstein LEHRKRÄFTEMANGEL – MULTIPROFESSIONELLE TEAMS

Multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeitern, Sonderpädagogen, Schulpsychologen, Schulgesundheitsfachkräften sowie weiteren Fachkräften sollen an allen Schulen zusätzlich eingeführt und durch das Land folgerichtig finanziert werden.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD	X		Wir bauen das Schulbudget aus. So kommen zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen an die Schulen mit besonderem Bedarf. Die Höhe der Mittel richtet sich nach einem Sozialindex. Wir werden die Schulsozialarbeit stärken. Unser Ziel ist

			es, dass es an jeder Schule eine Stelle für Schulsozialarbeit gibt.
AFD	X		Dies wurde unsererseits seit 2021 in dutzenden parlamentarischen Initiativen wiederholt gefordert, wobei besonderer Schwerpunkt auf mehr Schulverwaltungsfachkräfte zur Entlastung der Lehrer sowie die Stärkung des schulpsychologischen Dienstes gelegt werden muss. Unser Ziel ist eine Schulpsychologen-Schüler Relation von 1:800 wie in Dänemark.
CDU	X		Multiprofessionelle Teams sind ein zentrales Instrument, um einen stabilen Schulalltag zu gewährleisten und müssen daher weiter auf- und ausgebaut werden. Sozialarbeit an Schulen ist ein wichtiger Teil dieses Systems - muss dabei allerdings im Bereich der Jugendhilfe verortet und somit in kommunaler Verantwortung bleiben.
Linke	X		Volle Unterstützung. Die Linksfraktion hat dazu mehrere Anträge im Landtag gestellt, die alle durch SPD, CDU und Grüne abgelehnt wurden. Dazu gehörte u.a. der Rechtsanspruch auf Schulsozialarbeit an allen Schulen, die Finanzierung von Schulgesundheitsfachkräften, multiprofessionelle Teams im Schulgesetz verankern.
BVB/Freie Wähler	X		BVB/FREIE WÄHLER hat sich in der aktuellen Legislatur für multiprofessionelle Team eingesetzt. Um die Situationen in den Schulen zu verbessern, haben wir folgende Anträge eingebracht: <ul style="list-style-type: none"> - Schulpsychologe - Schulgesundheitsfachkraft - Schulsozialarbeiter Die folgenden genannten Punkte sind in unserem Wahlprogramm fester Bestandteil und wir werden uns solange einsetzen,...
FDP	X		Lehrkräfte sollten sich auf das Unterrichten konzentrieren können. Wir werden den Ausbau und die Stärkung multiprofessioneller Teams flächendeckend voranbringen.
BSW	X		Die Bildung von multiprofessionellen Teams an den Schulen, bestehend aus pädagogisch unterstützendem Personal (Erzieher, Sozialarbeiter), Psychologen, Verwaltungspersonal und IT-Beauftragten, kann für eine umfassende Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer und für eine klare und gerechte Aufgabenverteilung sorgen.

			Dies führt auch zu weniger Frust und Unterrichtsa...
Plus Brandenburg	X		Multiprofessionelle Teams sollten eigentlich schon längst Standard an Schulen sein, um die vielfältigen Aufgaben im pädagogischen und vor allem auch sozialen Bereich meistern zu können. Nur so können wir erreichen, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler mitgenommen werden und ihre Potentiale ausschöpfen können. Den aktuellen, vermeintlich billigeren Weg, dass d...

5. Wahlprüfstein SCHULPFLICHT

Wir werden die Schulpflicht unverändert in der aktuellen Form beibehalten.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD	X		Die Schulpflicht gewährleistet das Recht junger Menschen auf Bildung und Erziehung und bildet eine grundlegende Voraussetzung für einen selbstbestimmten Lebensweg in einer von Bildung und Wissen geprägten Gesellschaft.
AFD		X	Der Staat hat sich von seiner Bildungsverantwortung verabschiedet. Daher werden wir die bloße „Schulanwesenheitspflicht“ in eine echte Bildungspflicht umwandeln. Zudem ist auf Grundlage strenger Kriterien die Option häuslichen Lernens zu prüfen. Hierfür kommen mehrere Modelle aus bildungspolitisch erfolgreichen Ländern infrage, die adaptiert werden können.
CDU	X		Die geltende Schulpflicht hat sich bewährt und ist allein aufgrund der Vorteile eines Schulbesuchs, wie zum Beispiel die Entwicklung sozialer Kompetenzen durch das tägliche Miteinander, die Vermittlung freiheitlich demokratischer Prinzipien oder auch das Erlernen von Medienkompetenz, in ihrer Form beizubehalten.
Linke		X	Die Linke hat sich für die Änderung des Einschulungstichtages auf den 30. Juni eingesetzt. Die Koalition hat abgelehnt. Wenn die Grundschule nicht angemessen auf die individuellen Bedürfnisse von Kindern eingehen kann, Fachkräfte und Teams fehlen, muss der Stichtag im Schulgesetz geändert werden.

BVB/Freie Wähler	X		Wir werden uns für die Schulpflicht weiter einsetzen. Die Schulpflicht sollte nicht nur beibehalten, sondern auch gestärkt auf die aktuellen Herausforderungen und Bedürfnisse angepasst werden. Die Schulpflicht trägt dazu bei, die Bildungsqualität zu verbessern und sicherzustellen, dass alle Kinder und Jugendlichen die bestmöglichen Chancen auf eine erfolgreiche Zuk...
FDP	X		Unsere Bildungspolitik steht für ein leistungsorientiertes und vielfältiges Schulsystem, das die Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellt. Bildung ist die Voraussetzung für individuelles Vorkommen und ein selbstbestimmtes Leben in einer sich immer schneller ändernden Welt.
BSW	X		Es gibt derzeit keinen Anlass über eine Änderung der Bestimmungen zur Schulpflicht nachzudenken. Die Probleme liegen im Lehrermangel, verdecktem Unterrichtsausfall, einem falschen Fokus auf Bildung und Pädagogik.
Plus Brandenburg	X		Das gemeinsame Lernen aller Schülerinnen und Schüler dieses Landes ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie und sollte allen Schülerinnen und Schülern ermöglicht werden.

6. Wahlprüfstein ENTWICKLUNG VON DIGITALEN LEHRINHALTEN

Das Land soll verstärkt in die Entwicklung und Bereitstellung digitaler Lehr- und Lerninhalte investieren, die regelmäßig aktualisiert werden.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD	X		Digitales und analoges Lernen verzahnen wir miteinander. Ausbildung, Ausstattung und Unterrichtsinhalte werden wir so gestalten. Dazu gehört u.a. die Anschaffung einheitlicher Endgeräte, passender Software und die Sicherstellung der Wartungsverträge.
AFD		X	Digitale Lehr-Lernmittel sind keine Antwort auf die Bildungskrise. Es braucht eine sachliche Auseinandersetzung mit den bestehenden Risiken auf Lernerfolg und Entwicklung. Die undifferenzierte Durchdigitalisierung schadet vor allem

			jüngeren Kindern massiv. Nicht zuletzt deshalb wird die schulische Digitalisierung, z.B. in Schweden, wieder rückabgewickelt.
CDU	X		Die Chancen von digital unterstütztem Unterricht wollen wir nutzen, um Bildungsinhalte noch besser zu vermitteln und um gerade den individuellen Förder- und Unterstützungsbedarfen der einzelnen Schülerinnen und Schüler Rechnung zu tragen. Hierfür bedarf es hochwertiger pädagogischer Lehrund Lernmittel.
Linke	X		Notwendig ist jedoch ein Rahmenkonzept, das digitale Bildung , einschließlich Distanzunterricht, sowie Richtlinien für digitale Bildungsprozesse definiert und verbindliche Standards für die Grundausstattung an den Schulen festlegt. Fortbildungen für Fachkräfte sind auszubauen, digitale Bildung soll Pflicht in der Ausbildung sein.
BVB/Freie Wähler	X		
FDP	X		Die Einführung flexibler und benutzerfreundlicher digitaler Lernplattformen hat für uns Priorität. Darüber hinaus werden wir ein „Weißbuch Digitale Bildung“ erstellen und kontinuierlich fortschreiben. In ihm sollen alle empfohlenen Konzepte und geprüften Anwendungen gebündelt werden.
BSW	X		Grundsätzlich ist das richtig. Allerdings ist dies auch nicht für jeden Bereich richtig. Die Lehrer an den Grundschulen leisten entscheidende Arbeit bei der Befähigung der Kinder in den Klassen eins bis sechs. Wir fordern einen Vorrang im Grundschulunterricht für den Erwerb elementarer Fähigkeiten. Es muss wieder so sein, dass alle Kinder unabhängig vom Elternhaus in der Sc...
Plus Brandenburg	X		Zur Vorbereitung auf eine zunehmend durchdigitalisierte Welt ist eine Schule auf dem aktuellen Stand der Technik unerlässlich. Inwieweit und wann Lerninhalte digital oder doch auf analogem Weg den Schülerinnen und Schülern nähergebracht werden, entscheidet die Fachkraft an der Schule. Damit sie das auch entscheiden kann, gehören passende Weiterbildungsangebote auch i...

7. Wahlprüfstein ESSEN

Wir werden die Kommunen finanziell bei der Einführung eines kostenlosen Schulessens für alle Schülerinnen und Schüler nach DGE-Standard unterstützen.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD		X	Familien müssen finanziell entlastet werden. Wir entlasten sie von Beiträgen in Krippe, Kindergarten und Hort. Der Besuch im Kindergarten ist bereits beitragsfrei. Im nächsten Schritt schaffen wir alle verbleibenden Elternbeiträge ab. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass das Kita- und Schulessen bezahlbar bleibt.
AFD		X	Wir plädieren für qualitativ hochwertiges Schulessen und für eine sozial gestaffelte Deckelung der Preise, um Eltern schulpflichtiger Kinder finanziell zu entlasten. Zudem ist das Land in der Pflicht, das kostenlosen Schulessen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets für Familien mit geringem Einkommen stärker zu bewerben und die Antragsstellung zu vereinfachen.
CDU		X	Die Möglichkeit der Einnahme eines gesunden Mittagessens in der Schule für jedes Kind und jeden Jugendlichen, möglichst bestehend aus regionalen Produkten, ist der CDU ein Anliegen. Eine komplette Kostenbefreiung lehnen wir hingegen ab, auch um Begleiterscheinungen wie dem Wegwerfen von Lebensmitteln vorzubeugen.
Linke	X		Die Linke hat sich konsequent für die Deckelung bzw. für ein kostenloses gesundes Mittagessen eingesetzt. Eine Kommission sollte die Finanzierung zwischen dem Land, Landkreisen, kreisfreien Städten und Kommunen klären. Dies wurde abgelehnt. Mit Bündnispartnern starteten wir deshalb eine Volksinitiative
BVB/Freie Wähler	X		Wir haben uns in der aktuellen Legislatur für kostenloses Schulessen eingesetzt. Kostenlos Schulessen für Schüler sehen wir als eine wichtige Maßnahme zur Unterstützung von Kindern und Familien. Ein kostenloses Schulessen kann sicherstellen, dass alle Kinder Zugang zu gesunden und

			nahrhaften Mahlzeiten haben, was insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen Fam...
FDP		X	Unsere Kinder brauchen ein qualitativ hochwertiges und leckeres Mittagessen. Die Beteiligung der Eltern an den Kosten für das Mittagessen an Schulen stellt eine faire Lastenteilung dar. Die Qualität des Schulessens kann durch diesen finanziellen Beitrag aufrechterhalten und verbessert werden.
BSW	X		Das Mittagessen in Kindertagesstätten, Horten und Grundschulen soll kostenfrei sein.
Plus Brandenburg	X		Es sollte nicht vorkommen, dass in unserem Land Kinder hungrig im Unterricht sitzen müssen, weil Eltern sich die Zuzahlung nicht leisten können oder von der Bürokratie überfordert sind. Bei Ausschreibungsverfahren sollten Anbieter, die eine regionale Produktpalette anbieten und ökologischen Landbau betreiben, bevorzugt werden.

8. Wahlprüfstein LERNMITTELFREIHEIT

Die Digitalisierung in den Schulen schreitet voran. Die Finanzierung der Geräte für die Schülerinnen und Schüler wird häufig von den Eltern getragen. Bei den hohen Preisen für digitale Endgeräte kann dies den Zugang zu Bildung einschränken. Die Finanzierung dieser Geräte werden wir unterstützen.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD	X		Um gleichwertige Lernvoraussetzungen für alle Schülerinnen und Schüler in Brandenburg zu schaffen, streben wir eine 1-zu-1-Ausstattung mit individuell nutzbaren Endgeräten für alle Lernenden und Lehrkräfte an, die sowohl für den Unterricht als auch für die Vor- und Nachbereitung genutzt werden können.
AFD		X	Siehe Antwort auf Frage 6. Sofern aber die jeweilige Bildungseinrichtung die Nutzung von digitalen Lernmitteln obligatorisch macht, sind diese Geräte selbstverständlich den Schülern als Leihgabe kostenlos zur Verfügung zu stellen. Dringend zu klären wären vor allem die Frage des

			Versicherungsschutzes bei Beschädigung oder Diebstahl
CDU	X		Ein guter, digital unterstützter (Präsenz-)Unterricht bedarf auch leistungsfähiger Endgeräte, insbesondere für die Schülerinnen und Schüler. Mithilfe von Bundes- und Landesmitteln wollen wir dazu beitragen, diese Geräte in ausreichender Anzahl an den Schulen vorzuhalten und bei der Administration zu unterstützen.
Linke	X		Die Linke steht für Lernmittelfreiheit- analog wie digital. Im Interesse der Sicherung der Chancengleichheit müssen allen Schüler*innen bei Bedarf digitale Endgeräte mit entsprechender Software leihweise zur Verfügung stehen. Finanzschwache Schulträger sind bei der Finanzierung durch das Land zu unterstützen
BVB/Freie Wähler	X		Kostenlose Endgeräte für Schüler ist ein Thema, was immer im Zuge der Digitalisierung immer wieder diskutiert wird. Insbesondere im Zusammenhang mit der Digitalisierung des Bildungswesens und der Chancengleichheit ist es erforderlich, allen Schülern ein Endgerät zur Verfügung zu stellen. Aber die Lehrmittelfreiheit für jede Familie muss bewahrt bleiben...
FDP	X		Alle Schülerinnen und Schüler sollen bei einem moderaten Eigenanteil ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt bekommen. Schülerinnen und Schüler, die sich bisher kein digitales Endgerät leisten konnten, sollen von einer Zuzahlung befreit sein.
BSW	X		Zur Digitalisierung des Unterrichtes haben wir bereits Stellung genommen. Dennoch digitale Endgeräte sind Lernmittel, für die die Lernmittelfreiheit gelten muss. Es sei darauf hingewiesen, dass allein damit soziale Ungleichheit nicht ausgeglichen wird. Da auch der Zugang zum Internet, wenn die Schülerinnen und Schüler die Geräte außerhalb der Schule nutzen, sehr unter...
Plus Brandenburg	X		Tatsächlich sind viele Gemeinden hier sehr aktiv und haben die Digitalpaktmittel gut genutzt, um auch für Schülerinnen und Schüler digitale Endgeräte anzuschaffen. Hier muss eine konstante Finanzierung weiterbestehen, da die Geräte erfahrungsgemäß regelmäßig erneuert und gewartet werden müssen.

9. Wahlprüfstein LERNMITTELFREIHEIT

Zu den Lernmitteln müssen auch Gegenstände gehören, die von den Schülerinnen und Schülern als Gebrauchs- oder Übungsmaterial verwendet werden. Für Lernmittel, z. B. Arbeitshefte, Arbeitsblätter und Aufgabensammlungen soll die Lernmittelfreiheit gelten. Die Eigenanteile für Lernmittel werden wir abschaffen.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD		X	Die Lernmittelfreiheit ist eine Kombination aus kostenfreier Ausleihe und dem Erwerb von Eigentum. Eltern müssen einen Teil der Schulbuchkosten tragen. In allgemeinbildenden Schulen liegt der Anteil jährlich zwischen 12 und 29 Euro. Viele Schüler sind aus sozialen Gründen vom Eigenanteil befreit. Daran halten wir fest.
AFD		X	Die Möglichkeit der finanziellen Entlastung von Familien mit geringem Einkommen besteht bereits im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets, das noch zu unbekannt ist. Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass die Investition in die Bildung von Kindern nicht allein vom Staat übernommen werden sollte, sondern hierbei auch die Eltern für die Ausstattung in der Verantwortung stehen.
CDU		X	Die CDU steht grundsätzlich für das Prinzip der Lernmittelfreiheit, um auf verschiedene Bedarfe reagieren zu können. Die Abschaffung aufkommender Eigenanteile für die Eltern bzw. Familien ist jedoch gegenwärtig keine politische Zielstellung.
Linke	X		Volle Zustimmung. Grundsätzlich ist für die Zukunft dringend zu klären, welche Lernmittel, in welchem Umfang finanziert werden sollen
BVB/Freie Wähler	X		Lernmittelfreiheit und kostenlose Lernmittel muss im deutschen Bildungssystem ohne zusätzliche Kosten für Schüler und Eltern sichergestellt werden. Lernmittelfreiheit bedeutet für uns, dass alle Schüler die für den Unterricht benötigten Lehr- und Lernmittel (wie Schulbücher) kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen. Unser Ziel ist es, Chancengleichheit zu gewäh...
FDP		X	Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder Zugang zu den notwendigen

			Materialien haben, ohne dass die Eigenverantwortung und die faire Lastenverteilung verloren gehen.
BSW	X		
Plus Brandenburg		X	Ein nicht praktikabler Vorschlag in der aktuellen Situation. Hier müssten die Schulen erst deutlich besser finanziell ausgestattet sein, um auch Verbrauchsmaterial bezahlen zu können. Das Budget der Schulen ist stark von der Finanzkraft der Gemeinden bzw. Träger abhängig. Eine solche Entscheidung könnte die Arbeitsfähigkeit einiger Schulen gefährden.

10. Wahlprüfstein LERNMITTELBESCHAFFUNG

Digitale Lernplattformen, Schulcloud, Lernsoftware sowie Softwarelizenzen werden mit uns zentral durch das Land Brandenburg beschafft und finanziert.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD	X		Brandenburg wird eine zentrale, technologieoffene und datenschutzkonforme Gesamtlösung für die Schulverwaltung sowie das Schul- und Unterrichtsmanagement für alle Schulen, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte im Land entwickeln und betreiben.
AFD	X		Unsere grundsätzliche Skepsis gegenüber der Digitalisierung von Schulen haben wir bereits zum Ausdruck gebracht. Eine zentral gesteuerte Finanzierung und Beschaffung von digitalen Werkzeugen und Lizenzen im Sinne von Vereinheitlichung, Transparenz und Kostenersparnis hingegen ist sinnvoll und dringend geboten.
CDU	X		Die zentrale Schaffung einer digitalen Lernumgebung sowie die Beschaffung von Softwarelizenzen bewährt sich gegenwärtig. Jedoch muss der regelmäßige Austausch mit der Fachpraxis gesucht werden, um Bedarfe zielgerichtet zu erfassen. Damit verbunden ist eine Evaluation der Instrumente bevor Lizenzen verlängert werden.
Linke	X		Schulen sind mit landeseinheitlicher, auf Eignung geprüfter Lernsoftware, digitalen Diagnostikinstrumenten, Bildungsmedien und finanzierter Lizenzen auszustatten.

			Die Schulcloud ist durch das Land abzuschaffen. Wir fordern den Einsatz von Open-Source-Software und Open Educational Resources unabhängig von Konzernen.
BVB/Freie Wähler		X	Digitale Plattformen existieren seit der Pandemie im Land Brandenburg. Alle Schulen haben den Zugriff auf die Schulcloud von Land Brandenburg.
FDP	X		Die Einführung flexibler und benutzerfreundlicher digitaler Lernplattformen hat für uns Priorität. Darüber hinaus werden wir ein „Weißbuch Digitale Bildung“ erstellen und kontinuierlich fortschreiben. In ihm sollen alle empfohlenen Konzepte und geprüften Anwendungen gebündelt werden.
BSW	X		
Plus Brandenburg	X		Das ist schon Realität. Die Schulcloud, Anton-App und bettermarks existieren als Landeslizenzen. Es könnte allerdings ein deutlich größeres Angebot existieren, z. B. worksheetcrafter etc. Eventuell könnte hier das Land den Schulen Auswahlmöglichkeiten bieten, damit diese sich bedarfsgenau mit Lizenzen versorgen können. Das ist möglicherweise besser und kostengünstig...

11. Wahlprüfstein BILDUNGSDEFIZITE

Alle Schülerinnen und Schüler in Brandenburg sollen ausreichende sprachliche und mathematische Basiskompetenzen besitzen. Wir unterstützen die Empfehlung der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK, den Stundenumfang in Mathematik, Deutsch und, über diese Empfehlung hinausgehend, auch in Englisch zu erhöhen.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD	X		Die Kompensation erfolgt durch: Als Brandenburg SPD nehmen wir die Förderung sprachlicher und mathematischer Kompetenzen an Grundschulen besonders in den Fokus und werden den Unterricht in diesen Fächern verstärken. Begleitend zum Leseband führen wir auch das Rechenband ein. Die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte richten wir gezielt danach aus
AFD	X		Vor dem Hintergrund des dramatischen Einbruchs des Bildungsniveaus ist die

			Stärkung von Deutsch und Mathematik in der Kontingentsstundentafel unumgänglich, aber nicht zulasten musisch-ästhetischer Fächer oder auch des Sportunterrichts. Wir plädieren für den Verzicht auf den Fremdsprachenunterricht in den Doppeljahrgangsstufen 1/2 sowie 3/4.
CDU	X		Die Stärkung der Fächer Deutsch und Mathematik in der Stundentafel ist für die CDU gerade mit Blick auf den Anfangsunterricht in den Grundschulen ein zentrales bildungspolitisches Anliegen. Auch der Englischunterricht ist wichtig, hat jedoch für uns gegenwärtig eine im Vergleich geringere Priorität.
Linke	X		Ein guter Ganzttag schrittweise an allen Grundschulen, in Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe, mit Mindeststandards für Personal- und Sachkosten, einem verbindlichen Qualitätsrahmen ermöglicht mehr Zeit zum Üben, für den Sport, Kooperationen mit außerschulischen Akteuren und kreativen Fächern ohne Kürzung
BVB/Freie Wähler	X		Um die Defizite bei den Schülern in den Basiskompetenzen zu erhöhen, benötigt es längerfristig eine andere Aufteilung des Stundenkontingents sowie eine neue Lernumgebung mit interaktiven Lernangeboten. Um eine Verbesserung in den Basiskompetenzen zu bewirken, benötigt es ein kontinuierliches Lernen mit einer Mischung aus Übung und Praxis sowie Technischen Hilfsmitt ...
FDP	X		Die Entwicklung grundlegender Kompetenzen in Sprachen und MINT-Fächern ist entscheidend für den Bildungserfolg unserer Kinder. Wir unterstützen die Forderung, den Unterricht in diesen Fächern zu stärken, um sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler ihre Potenziale voll entfalten können
BSW	X		Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass die Grundkompetenzen unbedingt zu stärken sind.
Plus Brandenburg		X	Besonders in der Grundschule geht eine pauschale Stundenerhöhung zu Lasten anderer wichtiger Fächer, wie z. B. im musisch-künstlerischen oder sportlichen Bereich und ist nicht automatisch zielführend. Eine Verbesserung der Unterrichtsqualität durch Teamteaching, multiprofessionelle Teams oder die Nutzung digitaler

			Angebote, wie z. B. Emoree kann eher Erfolge bringen....
--	--	--	--

12. Wahlprüfstein RAHMENLEHRPLÄNE

Wir werden die Rahmenlehrpläne grundsätzlich überarbeiten und entschlacken. Dabei spielt die Vermittlung von lebenspraktischen Inhalten eine ebenso große Rolle wie das „Lernen lernen“ und der Erwerb sozialer Kompetenzen.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD	X		Wir führen verbindlichere Lehrpläne ein. Damit sollen an den jeweiligen Schulformen ähnliche Unterrichts- und Leistungsstände bestehen. Das erleichtert Schülerinnen und Schülern auch den Schulwechsel. Zudem sollen Schulen Kinder und Jugendlichen stärker auf praktische Probleme des Lebens vorbereiten.
AFD	X		Der Schwerpunkt ist vor allem darauf zu legen, neben dem Kompetenzerwerb endlich wieder handfeste Wissensbestände in den Mittelpunkt zu rücken. Zeitgeistige Themen, wie die Gender- oder Klimathematik, die fächerübergreifend behandelt werden und eine eindeutige politisch-weltanschauliche Schlagseite aufweisen, müssen gestrichen werden
CDU	X		Die Rahmenlehrpläne sind in ihrer gegenwärtigen Form zu stark angefüllt, was eine Anpassung notwendig erscheinen lässt. Die Verbindung von Unterrichtsinhalten mit lebensweltlichen Bezügen der Schülerinnen und Schüler wollen wir dabei deutlich stärken und Inhalte weiterentwickeln (z.B. ökonomische Bildung).
Linke	X		Allein schon vor dem Hintergrund schwacher Kompetenzen der Schüler*innen, der Digitalisierung, der KI sind die Rahmenlehrpläne und die Prüfungsanforderungen zu überarbeiten. Überbordende "Prüferitis" im Abitur, Leistungs- und Notendruck, schon in der Grundschule, sind abzuschaffen.
BVB/Freie Wähler		X	Die Änderung von Rahmenlehrplänen ist ein komplexer Prozess. Es ist wichtig, zu beachten, dass der Prozess oft mehrere Jahre in Anspruch nimmt und eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen

			Interessengruppen erfordert. Die Änderungen sollten darauf abzielen, die Bildungsqualität zu verbessern und den Bedürfnissen der Schüler gerecht zu werden
FDP	X		Wir setzen uns dafür ein, dass Schulbildung in Brandenburg die Schülerinnen und Schüler dazu befähigt, sich in einer digital vernetzten und dynamischen Welt zurechtzufinden, ihre kreativen und unternehmerischen Fähigkeiten zu entfalten, soziale Verantwortung zu übernehmen und praxisnahe Erfahrungen zu sammeln.
BSW	X		
Plus Brandenburg	X		Es ist tatsächlich neu zu bewerten, inwieweit einige Lerninhalte lebenspraktisch und noch zeitgemäß sind. Auch die Rolle von KI bei Fragen von Hausaufgaben und Arbeitsaufträge an Schülerinnen und Schüler ist bei diesen Überlegungen zu berücksichtigen.

13. Wahlprüfstein INKLUSION

Im Bereich Inklusion sehen wir bei der aktuellen Bildungspolitik Änderungsbedarf.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext
SPD	X		Folgende Maßnahmen möchten wir zur Verbesserung der Inklusion im Bildungssystem umgehend einführen: Die Inklusion beginnt bereits in der Kita. Kinder mit besonderen Förderbedarfen sollen unkompliziert eine Kita besuchen können. Das gemeinsame Lernen in der Schule setzen wir fort. Schülerinnen und Schüler mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf sollen gemeinsam in einer Klasse lernen können.
AFD	X		Wir wollen das Förderschulsystem zum Wohle der betroffenen Schüler erhalten und ausbauen. Gleichzeitig muss ein Schulbauprogramm mit auskömmlicher Finanzierung ins Leben gerufen werden, um die baulichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Inklusion von Kindern mit körperlichen Beeinträchtigungen in Regelschulen überhaupt gelingen kann.
CDU	X		Gegenwärtig wird Inklusion an den Schulen nicht gut umgesetzt. Für jede Schüle-

			rin und jeden Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf muss eine passende Beschulung ermöglicht werden. Dazu gehören für uns neben inklusiven Angeboten auch nach wie vor Förderschulen. Studiengänge für Sonderpädagogen werden wir daher ebenso fördern wie die Bereitstellung einer entsprechenden Lernumgebung.
Linke	X		Investieren und umdenken: Kitas und Schulen inklusiv gestalten heißt: multiprofessionelle Teams, notwendige Bau- und Sachkosten finanzieren, um Kinder individuell fördern zu können, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Kita- und Schulgesetz sichern. Eltern sind vom Antrags- und Verwaltungschaos zu befreien.
BVB/Freie Wähler	X		Inklusion in der Bildungspolitik ist ein wichtiges Thema und hat einen erheblichen Änderungsbedarf. Nur durch gezielte Maßnahmen in diesem Bereich kann die Inklusion im Bildungssystem verbessert werden und allen Schülern eine gleichberechtigte und eine hochwertige Bildung ermöglicht werden. Maßnahmen können barrierefreie Infrastruktur und Unterrichtsmaterialien,...
FDP	X		Kinder verdienen die Chance, in einem speziell auf sie zugeschnittenen Umfeld zu lernen. Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau der Förderschulen ein. Wo sie bereits ausgelaufen sind oder es spezielle regionale Bedürfnisse gibt, wollen wir die Einrichtung von Kooperationsklassen unterstützen.
BSW	X		Damit Kinder sich im Rahmen der Inklusion an Regelschulen gemeinsam mit anderen Schülerinnen und Schülern entwickeln können, benötigen Schulen mehr personelle und materielle Ressourcen. Alarmierend ist der aktuelle Zuwachs an sonderpädagogischen Förderbedarfen: Dies betrifft vor allem den Bereich der sozio-emotionalen Entwicklung. Gemeinsames Lernen bzw. Inklusion...
Plus Brandenburg	X		Man darf Lehrerinnen und Lehrer nicht damit alleine lassen. Wenn ein psychisch auffälliges oder krankes Kind in der Klasse ist, sinkt das Niveau. Und zwar für alle. Das betroffene Kind bekommt nicht die

			fachliche Aufmerksamkeit und Unterstützung, die es benötigt und die anderen Kinder lernen deutlich weniger.
--	--	--	---

14. Wahlprüfstein Priorität Bildung

Im Bereich der Bildungspolitik in Brandenburg sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

Partei	stimmen zu	stimmen nicht zu	Freitext:
SPD	X		Unser Fokus liegt dabei vor allem auf <ul style="list-style-type: none"> - Deckung des Lehrkräftebedarfs und Entlastung der Lehrkräfte - Stärkung der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen - Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf das praktische Leben - Enge Verzahnung von digitalem und analogem Lernen - gleiche Voraussetzungen durch digitale Infrastruktur und Endgeräte
AFD	X		Das Bildungssystem wurde in den vergangenen drei Jahrzehnten in verantwortungsloser Weise heruntergewirtschaftet und ruiniert. Wir werden den Lehrermangel beseitigen, die Arbeits- und Rahmenbedingungen im Lehrerberuf umfassend verbessern und das Bildungsniveau durch wirksame Maßnahmen deutlich anheben. Dies käme allen Brandenburgern zugute – ob alt oder jung.
CDU	X		<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Sprachförderung in den Kitas - Stärkung der Vermittlung von Grundfertigkeiten, v.a. in der Grundschule - Weiterentwicklung des Unterrichts durch den Einsatz digitaler Medien - Gewinnung und Sicherung von Lehrkräften - Verbesserung der Übergänge von der Schule in den Beruf, Stärkung der Berufsorientierung
Linke	X		Neues Kitagesetz sofort-unser Entwurf liegt vor, Bildungsrat etablieren- kurz-mittel-langfristige Maßnahmen verabreden-für eine echte Bildungsreform, Fachkräfte-offensive, multiprofessionelle Teams, kostenloses Mittagessen, Qualitätsrahmen für den Ganzttag, Inklusion voranbringen-siehe Wahlprogramm

BVB/Freie Wähler	X		Wir als Landesverband BVB / FREIE WÄHLER stehen für Bildungsgerechtigkeit. Kinder aus einkommensschwachen Familien haben oft schlechtere Bildungschancen. Maßnahmen zur Unterstützung benachteiligter Schüler sind erforderlich.
FDP	X		Seit Jahrzehnten belegt Brandenburg in Bildungsrankings letzte Plätze. Ein Problem für die Zukunft unserer Kinder, aber auch für den Wohlstand unseres Landes. Wir brauchen eine bildungspolitische Trendwende. Mit dem Startchancen-Programm haben wir aus der Bundesregierung heraus bereits den Einstieg geschafft.
BSW	X		
Plus Brandenburg	X		Finanzierung digitaler Ausstattung von Schulen, Einrichtung und Finanzierung multiprofessioneller Teams, Einführung eines praxisrelevanten Lehramtsstudiums und Einrichtung pädagogischer Hochschulen, Stärkung frühkindlicher Bildung in der Kita, Förderung von Medienkompetenz, frühzeitige Vermittlung von Themen Umwelt-, Natur- und Artenschutz sowie Artenvie...